

## Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung

Die weltweiten Militärausgaben haben schon fast wieder jenen traurigen Rekord erreicht, auf den sie in den 1980er Jahren im so genannten Kalten Krieg gestiegen waren: knapp 1000 Mrd. US-Dollar werden inzwischen wieder jährlich für Militär und Rüstung ausgegeben, fast die Hälfte davon (44 Prozent) von den USA. Darin spiegelt sich eine sehr bedenkliche Entwicklung und ein Denken wider, das Bedrohungen vor allem mit militärischen Mitteln begegnen will und eher der Gewalt als dem Recht vertraut.

Schon das kriegerische Vorgehen in Afghanistan kurz nach den Terroranschlägen in New York war Ausdruck dieses Denkens, das sich aber auch in aktuellen Sicherheitskonzepten zeigt. Darin werden als größte Bedrohungen der transnationale Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Zerfall von Staatlichkeit beschworen, weil man meint, ihnen vor allem militärisch begegnen zu können. Sie sind jedoch auf diesem Wege nicht zu entschärfen und sie sind nur ein Teil der heutigen globalen Bedrohungen: Hunger und Armut, Unterdrückung, wirtschaftlicher Ungleichheit und politischer Ungerechtigkeit kommt man mit militärischen Mitteln nicht bei. Vielmehr bringt deren Einsatz häufig noch eine Verschärfung der Situation mit sich.

Der Irak ist auch nach über einem Jahr Besatzungsregime in einer desolaten Lage. Zwar wurde die Herrschaft Saddams Husseins beendet, aber das Land ist heute weder frei noch sicher, es herrscht keine verlässliche Ordnung, sondern Hass und Gewalt. Mit ihrem völkerrechtswidrigen Krieg hat die Vormacht des Westens die Ressentiments in der islamischen Welt auf schreckliche Weise bestärkt. Der Bruch der Genfer Konventionen durch die menschenverachtenden Folterpraktiken im Irak hat dem Ansinnen vollends die Berechtigung entzogen, Demokratie mit militärischen Mitteln durchsetzen zu wollen. Der „Krieg gegen den Terror“ und gegen die „Achse des Bösen“ hat die Welt nicht sicherer gemacht, sondern noch mehr Gewalt hervorgebracht.

Auch wenn die europäischen Gesellschaften sich mehrheitlich der Kriegsstrategie widersetzen, wie

sie die US-amerikanische Regierung verfolgt, lassen sie sich doch anstecken von einem Denken, das vor allem militärischen Mitteln vertraut. So ist auch die Bedrohungsanalyse des im Dezember 2003 verabschiedeten Sicherheitskonzepts der Europäischen Union (Solana-Papier) mit ihrer Akzentuierung von Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Staatszerfall und Kriminalität viel zu eingeschränkt, um den Herausforderungen für eine sichere und friedliche Welt gerecht zu werden. Auch von der EU wird Sicherheit in einem eng militärischen Sinne als Voraussetzung für Entwicklung definiert, während die umgekehrte Blickrichtung unterbelichtet bleibt: Zentrale Ausgangspunkte für mehr Sicherheit sind aber die gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Entwicklungsprozesse, die im jüngst erschienenen „Friedensgutachten 2004“ im Mittelpunkt der Analysen stehen.

### EU: Abschied von der Zivilmacht?

Auch der Verfassungsentwurf der EU leidet unter einer Schieflage zu Gunsten militärischer Optionen, etwa durch die Verankerung einer Rüstungsagentur in diesem Text. Eine solche Institution, mit der die Interessen europäischer Waffenlabors und -produzenten harmonisiert werden sollen, hat in einer Verfassung nichts zu suchen! Zudem verwischt das Sicherheitskonzept der EU die Trennung zwischen zivilen und militärischen Instrumenten in der Krisenprävention. De facto findet eine Prioritätensetzung zu Gunsten militärischer Kapazitäten statt. Eine eindeutige Aussage, militärische Interventionen als ultima ratio zu betrachten, sucht man vergebens. Mit dem jetzt eingeschlagenen Weg steht die EU in der Gefahr, sich vom Modell einer Zivilmacht zu entfernen.

Gegen diese Tendenzen eines vornehmlich militärischen Denkens scheint auch die Bundesregierung einen Kontrapunkt setzen zu wollen. Mit ihrem „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ (vgl. Zeitschrift Entwicklungspolitik 11/2004, S. 15) will sie ihre Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik stärker auf das Ziel der Krisenprävention verpflichten. Sie hat erkannt, dass es nicht nur an unvereinbaren Interessen, sondern auch an man-

gelhafter Koordination liegt, wenn Bemühungen um Gewaltprävention regelmäßig hinter den Erwartungen zurückbleiben. Um auf diesem Gebiet voranzukommen, reicht allerdings ein Aktionsplan nicht aus. Gefragt sind innovative Ansätze und Initiativen auf nationaler, europäischer und UN-Ebene, die Ausstattung ziviler Krisenpräventionspolitik mit den erforderlichen Haushaltsmitteln und die Einrichtung handlungsfähiger Institutionen, etwa eines Bundesbeauftragten für zivile Krisenprävention.

### Zusätzliche Haushaltsmittel

Um Ansatzpunkte und Handlungsebenen ziviler Krisenprävention zu identifizieren, müssen alle verfügbaren Informationen ausgewertet und aktuelle Kriseneinschätzungen vorgenommen werden. Dabei geht es nicht um einmalige, sondern um kontinuierliche Konfliktanalysen, in die auch die nicht-staatlichen Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen sind. Sie können häufig durch ihre Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteuren ergänzende Informationen bereitstellen und zugleich die möglichen Handlungsebenen für konkrete präventive Maßnahmen erweitern.

Will Deutschland die zivile Krisenprävention substanziell stärken, muss der Bundestag hierfür dringend zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen. Nur so lässt sich dem Trend, militärischem Eingreifen den Vorrang gegenüber langfristigen Präventionsstrategien zu geben, etwas entgegenzusetzen und der Eindruck vermeiden, die Ausgestaltung des Aktionsplans sei vornehmlich daran ausgerichtet, keine Kosten zu verursachen. Wer ernsthaft Krisenprävention betreiben will, dem muss diese Form der Friedenspolitik auch bei der Mittelverteilung etwas wert sein.

Christoph Weller

Der Autor ist kommissarischer Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen und Mitherausgeber des Friedensgutachtens 2004.

**Hinweis:** *Friedensgutachten 2004, herausgegeben von C. Weller, U. Ratsch, R. Mutz, B. Schoch und C. Hauswedell, LIT-Verlag, Münster 2004, 326 Seiten, 12,90 EUR, [www.friedensgutachten.de](http://www.friedensgutachten.de) (vgl. auch S. 10 in dieser Ausgabe).*